

**Evangelische Akademie zu Berlin**  
**17. Berliner Symposium zur Verantwortungsteilung im Flüchtlingsschutz**  
**Berlin, Germany, 19 June 2017**

**Rede von Volker Türk**  
**Stellvertretender Hochkommissar für Schutzfragen**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
verehrte Mitglieder der Evangelischen Akademie zu Berlin,

Herzlichen Dank für die Einladung hierher nach Berlin zum Anlass des Weltflüchtlingstages -- der Tag des Jahres, der uns an das Schicksal jener Menschen erinnert, die zur Flucht gezwungen sind aufgrund von Verfolgung, Krieg, Gewalt oder den Wirrnissen einer Welt in Unruhe.

Ich freue mich besonders, dass ich an diesem Tag hier in Deutschland sein kann, einem Land, das vor nur zwei Jahren großzügig mehr als eine Million Flüchtlinge aufgenommen hat. Ich war sehr bewegt von der tief empfundenen Solidarität und dem Mitgefühl der deutschen Bevölkerung. Die Szenen am Münchner Hauptbahnhof im September 2015 und das zivilgesellschaftliche Engagement in den darauffolgenden Monaten haben das Bild Deutschlands in der Welt auf eindruckliche Weise positiv geprägt.

Inmitten von international chaotischen Zuständen haben Deutschland und die deutsche Zivilgesellschaft es geschafft, die ankommenden Flüchtlinge mit Integrität und Pragmatismus zu empfangen und damit eine wichtige regionale, aber auch internationale Vorreiterrolle einzunehmen. In einer Welt, in der zuletzt viele alten Gespenster – Populismus, Nationalismus, und Isolationismus – wieder zum Vorschein gekommen sind, ist die starke und beharrliche „Willkommenskultur“ in allen Bereichen der deutschen Gesellschaft umso beeindruckender. Es ist wichtig, diese offene Haltung zu bewahren. Das ist der Weg der Zukunft, auch wenn manchmal gegenteilige Entwicklungen atavistischer Art den Ton anzugeben erscheinen.

Ebenso bemerkenswert ist die gewaltige Energie, die in den Monaten nach der Ankunft vieler Flüchtlinge ganz Deutschland erfasst zu haben scheint. Diese Energie zeigt sich in der großen Vielfalt von Initiativen, Projekten, und Start-ups, mit denen verschiedene Bereiche der deutschen Gesellschaft nach simplen und innovativen Wegen suchen, um die verschiedenen Aspekte des Integrationsprozesses zu verbessern und damit zu erleichtern.

Beispiele hierfür sind mobile Anwendungen, die Flüchtlingen helfen, die deutschen Verwaltungsabläufe besser zu verstehen sowie Koordinationsstellen und Online Plattformen, die darauf ausgerichtet sind, Flüchtlingen Zugang zu Bildung, Zertifizierungen und Arbeitsplätzen zu ermöglichen. Allein die hohe Anzahl und der Umfang von entstandenen Initiativen sind beeindruckend.

Folgende Aspekte werden gemeinhin als ausschlaggebend für eine erfolgreiche Integration angesehen: Arbeit, Bildung und die Wahrung der Familieneinheit. Alle drei Aspekte sind Gegenstand des von der Öffentlichkeit intensiv begleiteten politischen Diskurses in Deutschland.

Die erfolgreiche Integration einer großen Zahl neu in Deutschland angekommener Menschen ist gewiss kein einfacher Prozess. Er wird jedoch deutlich erleichtert, wenn die schutzbedürftigen Menschen an dessen Gestaltung möglichst viel selbst teilhaben können. Es dürfte die beste Garantie für das Gelingen darstellen, wenn sich die Betroffenen selbst die Ziele und den Verlauf der Integration auf der Grundlage der Werte aneignen, die mit der deutschen Gesellschaft verbunden sind.

Neben der wirtschaftlichen Komponente sollte aus Sicht von UNHCR deshalb zudem vermehrt die soziale Integration in den Fokus der Politikgestaltung genommen werden. Wir treten deshalb dafür ein, konzeptionell die Offenheit und den Austausch seitens der Aufnahmegesellschaft zu stärken, um den wechselseitigen Charakter der Integration zu reflektieren.

Ein weiterer Punkt beim Thema Integration betrifft die Familienzusammenführung. UNHCR hat stets die zentrale Rolle der Familieneinheit der Flüchtlingsfamilie für den Flüchtlingsschutz betont. Enge Familienangehörige sind oftmals in gleicher Weise wie bereits im Zufluchtsstaat aufgenommene Personen durch schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen bedroht. Und ohne Nachzug der engsten Familienangehörigen kann die Integration schutzbedürftiger Personen kaum beginnen.

Wenn die Familie auf der Flucht getrennt wurde oder zunächst nur einzelne Familienmitglieder überhaupt flüchten konnten, sollte daher die Familienzusammenführung zu allen Personen, denen internationaler Schutz gewährt wurde, schnellstmöglich realisiert werden. Die Herstellung der rechtlichen und praktischen Voraussetzungen hierfür sind für UNHCR ein Kernanliegen.

Wir vergessen dabei nicht, dass Deutschland – Staat und Gesellschaft - gerade aufgrund der Leistungen mit Blick auf den Flüchtlingsschutz besondere Herausforderungen meistern muss. Bemerkenswert ist deshalb auch, dass Deutschland bei der Bereitstellung von humanitären Aufnahme- und Resettlementplätzen ebenfalls Verantwortung übernimmt. Von 2016 bis 2017 hat sich die deutsche Regierung dazu verpflichtet, 1.600 besonders Schutzbedürftige in Deutschland aufzunehmen und ihnen dort ein neues Leben zu ermöglichen. Bund und Länder haben mit ihren humanitären Aufnahmeprogrammen insgesamt über 43.000 Syrer einen sicheren Weg aus der Konfliktregion zum Schutz in Deutschland ermöglicht. Zusätzlich wurden (seit Inkrafttreten des EU-Türkei Abkommens) rund 1.500 syrische Staatsangehörige aus der Türkei aufgenommen.

Es braucht zudem Deutschlands Führungskraft auf internationaler Ebene. Zum einen, um eine nachhaltige finanzielle Unterstützung von Flüchtlingen und ihren Erstaufnahmeländern und -gemeinschaften in den Krisenregionen dieser Welt sicherzustellen. Zum anderen, um das politische Engagement für eine Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit bei der Bewältigung von Flüchtlingskrisen zu stärken.

Wir stehen dabei vor großen Herausforderungen: Die Zahl von Flüchtenden nimmt weiter zu und damit werden sich auch die unhaltbaren Zustände verschärfen, in denen Millionen von Flüchtlingen versuchen zu überleben. Konflikt- und Gewaltsituationen vervielfachen und verschlimmern sich auf fast allen Kontinenten. Populismus und Xenophobie gewinnen in manchen Teilen der Gesellschaft an Boden. Schwerwiegende und systematische Menschenrechtsverletzungen und oftmals mittelalterliche Folterpraktiken sind vielerorts große Teile der Gesellschaft ausgesetzt, oft trifft es gezielt Frauen oder Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung, ohne dass die Täter zur Rechenschaft gezogen werden. Die demokratische Entwicklung gerät durch die Unterdrückung, Verfolgung und terroristischen Brandmarkung von politischer Opposition und Minderheiten zunehmend ins Wanken. Menschen geraten dadurch unter Druck, und zunehmend mehr von ihnen werden dadurch zur Flucht gezwungen mit der

Folge, dass das soziale Gefüge von der lokalen bis zur internationalen Ebene, von Gemeinden über Staaten bis hin zur internationalen Gemeinschaft als Ganzes ins Wanken gerät.

Immer wieder ist zu beobachten, dass die Zivilbevölkerung die Hauptlast dieser Ereignisse tragen muss. Deren Flucht und Vertreibung ist oftmals einer der ersten Hinweise auf einen Zusammenbruch der Rechtsstaatlichkeit, auf ein Abgleiten in Gewalt- und Konfliktsituationen sowie schwerster Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht.

Flüchtlinge helfen uns hinzuschauen und mit dem, was in der Welt vor sich geht, auseinanderzusetzen. Sie erinnern uns daran, dass all unsere Leben und Schicksale eng miteinander verbunden sind, dass unsere Handlungen auch außerhalb unserer nationalen Grenzen Konsequenzen haben. Dies hat mir mein letzter Besuch in Zentralamerika verdeutlicht, wo einem vor Augen geführt wird, wie beispielsweise Bergbauprojekte – betrieben von Wirtschaftsunternehmen mit Sitz in den Industriestaaten - Vertreibung von Menschen zur Folge haben können.

Die Erfahrungen von Flüchtlingen zeigen uns auch, dass Isolationismus niemals eine Lösung sein kann. Und ihre Geschichten zeigen uns die Schattenseite der menschlichen Gesellschaft und die Notwendigkeit einer auf dem Grundsatz der Menschlichkeit basierenden gesetzlichen Ordnung. Nicht zuletzt zeugen diese Geschichten auch von enormer Tapferkeit und Überlebenskraft, die es Menschen ermöglichen, furchtbare Tragödien und oftmals unvorstellbare Verluste zu überstehen.

Der heute veröffentlichte UNHCR Global Trends Report berichtet, dass mehr als 65.6 Millionen Menschen auf der Flucht sind, 22.5 Millionen davon sind Flüchtlinge, ca. Zweidrittel sind innerhalb ihres eigenen Landes auf der Flucht.<sup>1</sup>

Alle drei Sekunden nimmt weltweit eine Person ein Fluchtschicksal auf sich. 84 Prozent der Flüchtlinge weltweit leben in Ländern mit geringem bis mittlerem Einkommen – aufgrund von ungelösten Konflikten bleiben sie dort oftmals über Jahrzehnte und ganze Generationen werden im Exil geboren. Im Süd-Sudan hat das katastrophale Scheitern der Friedensbemühungen nun bereits mehr als 1.4 Millionen Menschen zur Flucht gezwungen. Uganda nimmt täglich fast 1.000 Menschen auf. In der Türkei, dem Libanon und Jordanien leben insgesamt fast fünf Millionen syrische Flüchtlinge; Pakistan und Iran beherbergen mehr als 2.4 Millionen afghanische Flüchtlinge. Zwölf Millionen syrische Staatsangehörige – und damit mehr als die Hälfte – sind innerhalb oder außerhalb ihres Landes auf der Flucht. Immer mehr Menschen fliehen nun auch aus Nigeria und dem Jemen. Die meisten Flüchtlinge bleiben in der Region, aus der sie kommen. Sie fliehen in Nachbarstaaten ihres Heimatlandes, so zum Beispiel in Subsahara-Afrika, im Mittleren Osten, in Teilen von Asien, Lateinamerika sowie in die Türkei. Viele Menschen in Konfliktgebieten harren aber auch notgedrungen in belagerten Städten und Dörfern aus, die von humanitären Akteuren schwer zu erreichen sind.

Lösungen sind für die große Mehrheit von Flüchtlingen schwer zu finden. Nur knapp über 552.000 Flüchtlinge konnten im Jahr 2016 in ihre Heimatländer zurückkehren. Viele von ihnen mussten feststellen, dass die Situation vor Ort einer Rückkehr nicht gerecht wurde und wurden so oftmals erneut zur Vertreibung gezwungen. Möglichkeiten des Resettlement von Flüchtlingen haben in den letzten Jahren zwar stets zugenommen – 189.300 Flüchtlinge wurden im letzten Jahr von 37 Ländern aufgenommen – jedoch kann noch immer nur ein Prozent von Flüchtlingen von dieser Lösung profitieren. Da die meisten Flüchtlinge weltweit in städtischen Gebieten leben und nur ein

---

<sup>1</sup> 17.2 Millionen der Flüchtlinge fallen unter das Mandat von UNHCR, die verbleibenden 5.3 Millionen sind palästinensische Flüchtlinge, die von UNWRA registriert sind.

Fünftel in Camps, bedarf es lokaler Lösungen, wie zum Beispiel der Sicherung einer Existenzgrundlage, Zugang zu Bildung und nationalen Dienstleistungen, um sicherzustellen, dass Flüchtlinge engagierte und beitragende Mitglieder der Gemeinschaft werden. Leider sind diese Lösungen oft aufgrund von fehlenden Ressourcen und mangelnder Unterstützung für Aufnahmeländer schwer umzusetzen.

Letztendlich müssen die tieferliegenden Faktoren angegangen werden, die Gewalt und Konflikte zuvorderst schüren, ganz gleich, ob diese dem Waffenhandel, der Rohstoffförderung, extremer Ungleichheit, Autoritarismus oder dem Umweltwandel und Dürre zuzuordnen sind. Wenn diese Ursachen weiter ignoriert werden, ist Flucht für viele Menschen die einzige Möglichkeit zu Überleben.

Dies erfordert einen stärkeren Fokus auf Prävention - nicht von ungefähr vom UN-Generalsekretär als eine der Top-Prioritäten der Vereinten Nationen benannt. Mit präventiven Maßnahmen ist der Versuch verbunden, Frieden und sozialen Zusammenhalt durch Konfliktmediation, Minderheitenschutz und auf Rechten basierenden Entwicklungsansätzen zu erreichen. Auch die Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit, von Recht und Gesetz sowie die Bestrafung von Menschenrechtsverletzungen sind hierbei wichtig. Prävention erfordert eine Ethik der Menschenrechte, des Mitgefühls und der Fürsorglichkeit. Diese Ethik ist grundlegend für die internationale Ordnung, das beginnt bei der Charta der Vereinten Nationen und reicht bis hin zum internationalen Menschen- und Flüchtlingsschutz.

Neben Prävention gilt es aber auch besser vorbereitet und gewappnet zu sein. Denn durch Frühwarnsysteme und eine sorgfältige Planung können manche der schlimmsten humanitären Folgen von Konflikt und Gewalt verhindert werden. Wenn zum Beispiel in 2015 Vorausplanung und gemeinsames Handeln für die europäische Antwort auf die Ankunft der über das östliche Mittelmeer kommenden Flüchtlinge bestimmend gewesen wäre, hätte das Chaos vermieden werden können. Deutschland leistete dabei einen erheblichen Beitrag, sowohl in der großzügigen Aufnahme der Ankommenden, als auch in einer regionalen und internationalen Vorreiterrolle. Solch Engagement wird auch weiterhin von großer Bedeutung sein und kann, im Zusammenhang mit einer neuen Architektur zur frühzeitigen und kalkulierbaren Finanzierung humanitärer Hilfe, dabei helfen dringliche Situationen nicht zu akuten Krisensituationen werden zu lassen.

Im Rahmen dieser Bemühungen und eingedenk der Tatsache, dass Konflikt und Gewalt leider zu unserer Welt gehören, ist es umso wichtiger, den internationalen rechtlichen Rahmen zu achten, der geschaffen wurde, um der Situation von Menschen gerecht zu werden, denen keine andere Wahl bleibt als die Flucht. Dieser rechtliche Rahmen leitet uns seit dem Zweiten Weltkrieg, als das internationale Flüchtlingsschutzsystem, das wir heute kennen, etabliert wurde. Die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 wurde damals zur Wiederherstellung der sozialen Ordnung genutzt - um denjenigen beizustehen, die nicht auf den nationalen Schutz ihrer jeweiligen Regierung zählen konnten. Die Genfer Flüchtlingskonvention bleibt auch weiterhin der Inbegriff der uralten Institution des Asyls. Gerichte auf der ganzen Welt bestätigen immer wieder die Relevanz der Konvention und ihrem Protokoll, dank derer unzählige Menschenleben gerettet wurden.

Solche rechtlichen Instrumente und Rahmenbedingungen sind jedoch nur dann effektiv, wenn auch die Verpflichtungen eingehalten werden, die sie mit sich bringen. Ich sehe dabei als größte Herausforderung: Dazu braucht es politische Führung und Beachtung der Rechtsstaatlichkeit mit Blick auf den Schutz von Flüchtlingen. In demokratischen Gesellschaften spielt hierbei die Zivilgesellschaft eine große Rolle. Offene, aufnahmebereite und Flüchtlingen gegenüber positiv

eingestellte Gemeinschaften sind daher ein wesentlicher Bestandteil des erfolgreichen Flüchtlingsschutzes.

Wie also können wir dieses Ziel erreichen? Zuerst darf die Ankunft von Flüchtlingen nicht als Bedrohung für unseren Lebensstil oder unsere Identität angesehen werden. Vielmehr sollte dies als Möglichkeit gesehen werden, als internationale Gemeinschaft gemeinschaftlich zu handeln. Wir dürfen diese Situationen nicht länger als unüberwindbare Krisen ansehen, auf die wir abwehrend reagieren. Stattdessen können wir aus diesen Situationen lernen und – wenn der wirtschaftliche und soziale Zusammenhalt gefördert wird - langfristig Nutzen ziehen. Mit den richtigen Mechanismen und einer entsprechenden Kooperationsbereitschaft auf allen Ebenen können große Fluchtbewegungen koordiniert und gesteuert werden.

Um dieses Verständnis hier in Europa zu fördern, hat UNHCR im Dezember letzten Jahres einen Maßnahmenkatalog für besseren Flüchtlingsschutz in der EU und weltweit vorgelegt.<sup>2</sup> In dem Papier wird dargelegt, wie zwischenstaatliches Vertrauen durch besseres Management, Kooperation und Solidarität erreicht werden kann. Wir plädieren darin für stärkeres Engagement außerhalb Europas, um die Fluchtursachen vor Ort zu adressieren und die Situation in den Hauptaufnahmeländern zu stabilisieren. Zudem empfehlen wir auch gemeinsame Vorausplanung, gemeinsame Registrierung und eine effizientere Asylverfahrensregelung. All das muss durch sichere Aufnahmewege vervollständigt werden, wie zum Beispiel durch Resettlement, größere Arbeitsmarktmobilität, Familienzusammenführung und Studentenvisa.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auch kurz auf das Thema „external processing“ eingehen - gemeint ist die mögliche Auslagerung von Asylverfahren aus der jeweils nationalen Verantwortung an einen Drittstaat. Ich möchte betonen, dass bei diesem Thema viele rechtliche und praktische Fragen derzeit ungeklärt sind. Insofern ist die Diskussion eher theoretischer Natur. In jedem Fall muss es aus unserer Sicht folgende Mindestgarantien geben, um bei entsprechenden Gedankenspielen dem internationalen Flüchtlingsschutz Rechnung tragen zu können:

- Zugang zu fairen und effizienten Verfahren zur Überprüfung der Flüchtlingseigenschaft
- Schutz gegen Refoulement (direkt oder indirekt)
- eine menschenwürdige Versorgung nach internationalen Standards für die Betroffenen
- angemessene Berücksichtigung und Versorgung für sogenannte vulnerable Gruppen, einschließlich unbegleiteter minderjähriger Kinder
- Wer in einem solchen Verfahren als schutzbedürftig anerkannt wird, muss der Genfer Flüchtlingskonvention entsprechenden Schutz erhalten, und zwar regelmäßig in dem Staat, der zunächst für den Schutzsuchenden verantwortlich war.

Grundlegend muss dabei natürlich der Gedanke der fairen Verantwortungsteilung bleiben. Eine Verweisung auf Schutzmöglichkeiten außerhalb der EU sollte deshalb – wenn überhaupt - nur vorgesehen werden, soweit mit den betreffenden Drittländern entsprechende verbindliche Vereinbarungen über die Teilung der Verantwortung geschlossen wurden.

Die so notwendige Kooperation ist aber nicht nur in Europa dringend notwendig, sondern weltweit. Die Verabschiedung der New Yorker Erklärung für Flüchtlinge und Migranten im September 2016 ist hierfür von großer Bedeutung. Staaten haben sich damit zu einer gerechteren Verantwortungsteilung bekannt, um so die Hauptaufnahmeländer in den Konfliktregionen zu

---

<sup>2</sup> Available at: <http://www.refworld.org/docid/58385d4e4.html>.

entlasten. Darüber hinaus wurde auch ein gemeinsames Vorgehen verabredet, um sichere, geordnete und reguläre Migration zu ermöglichen.<sup>3</sup> All dies zeugt von einem wichtigen Umdenken, da das erste Mal die Tatsache großer Flucht- und Migrationsbewegungen nicht bloß als Krise verstanden wurde, sondern als Realität, mit der man durchaus umgehen kann, wenn man hierbei zu der notwendigen umsichtigen und gemeinsamen Antwort findet.

In der New Yorker Erklärung wird UNHCR beauftragt, einen umfassenden Rahmenplan für Flüchtlingshilfemaßnahmen (CRRF) zu erarbeiten, der in einen globalen Pakt für Flüchtlinge (Global Compact on Refugees) bis 2018 münden soll. Es gibt hierbei bereits wichtige Fortschritte, vor allem durch die Zusammenarbeit mit Hauptaufnahmeländern, wie zum Beispiel Uganda, Äthiopien und Somalia. Wir bauen dort auf bewährte Vorgehensweisen auf, um umfassende Flüchtlingshilfemaßnahmen zu erarbeiten und die nötigen Ressourcen für den Flüchtlingsschutz in diesen Ländern sicherzustellen.

Die Dienstleistungen, die Regierungen ihren eigenen Staatsbürgern zur Verfügung stellen, sollten auch für Flüchtlinge und Asylsuchende zu erreichen sein. Damit wird vor allem sozialer Zusammenhalt und gegenseitige Akzeptanz gefördert. Durch die Mobilisierung von Ressourcen für Maßnahmen zur Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe, die den Flüchtlingen sowie den Aufnahmeländern zugutekommen, kann die Präsenz von Flüchtlingen als Möglichkeit für soziales und ökonomisches Engagement, interkulturellen Austausch und Wachstum gesehen werden.

Das Konzept der Verantwortungsteilung bildet den zentralen Gedanken in der New Yorker Erklärung und in der Agenda 2030 zu den nachhaltigen Entwicklungszielen. Geboten wird hier eine Reihe von Ansätzen, um Fortschritte in diese Richtung zu erzielen. Flucht und Vertreibung sind zeitgleich eine humanitäre und eine entwicklungspolitische Herausforderung. Wir wissen, dass verbesserte, rechtzeitige und kalkulierbare finanzielle Unterstützung und stärkere Kooperation zwischen humanitären und entwicklungspolitischen Akteuren notwendig ist, um dem akuten Bedarf für Flüchtlinge und ihren Aufnahmegemeinschaften Rechnung zu tragen, ob mit Blick auf Bildung oder Möglichkeiten der Existenzsicherung und Eigenständigkeit. Diese Art der Unterstützung bereitet Flüchtlinge auch besser auf eine eventuelle Rückkehr vor – die meisten Flüchtlinge würden gerne heimkehren, sobald die Sicherheitslage es zulässt. Ohne diese Maßnahmen kommt es (bei der Rückkehr) schnell zu Instabilität mit Konsequenzen für die lebensrettende humanitäre Arbeit oder gar zu einer erneuten Flucht der Betroffenen.

UNHCR arbeitet mit Staaten zusammen, damit Flüchtlinge in nationale Entwicklungspläne einbezogen werden. Darüber hinaus arbeiten wir auch mit internationalen Finanzinstitutionen, wie zum Beispiel der Weltbank, an der Entwicklung von neuen Finanzierungsinstrumenten und Finanzierungen zu Vorzugsbedingungen in Situationen von Flucht und Vertreibung. Unsere gemeinsamen Studien mit der Weltbank (in der Sahelzone, den Großen Seen, dem Tschadsee, Jordanien, Libanon und der Türkei) unterstützen die Fülle von Initiativen, um in den Aufnahmeländern den Arbeitsmarkt für Flüchtlinge zu fördern und den sozialen Zusammenhalt zu stärken.

Der vorher erwähnte Pakt muss konkrete Verpflichtungen enthalten, damit dessen Inhalt auch tatsächlich die Realität von Flüchtlingen verändert. Der Hochkommissar wird diesen globalen Pakt für Flüchtlinge dann als Teil seines Berichts vor der UN-Generalversammlung 2018 präsentieren.

---

<sup>3</sup> New York Declaration for Refugees and Migrants, UN Doc. A/71/L.1.

Ich möchte daran erinnern, dass wir – trotz der ständigen Diskussionen über eine „Flüchtlingskrise“ - auch in der Vergangenheit schon ähnlich hohe Zahlen von Flüchtlingen erlebt haben. In den Neunzigerjahren gab es zum Beispiel große Fluchtbewegungen aus Afghanistan, Mozambik, dem Irak und dem ehemaligen Jugoslawien. Der Unterschied ist, dass wir heute mehr finanzielle und rechtliche Wege haben, Staaten bei der Aufnahme von Flüchtlingen zu unterstützen. Meiner Meinung nach ist die wahre Krise daher nicht die hohe Anzahl von Flüchtlingen, sondern vielleicht eher ein Unvermögen auf die gegenwärtige Situation koordiniert, gemeinschaftlich und auf humane Weise global zu reagieren. Mit der New Yorker Erklärung können wir dies nun ändern.

Abschließend möchte ich mich noch jenem Argument widmen, mit dem behauptet wird, die Lebensbedingungen von Flüchtlingen fernab unserer Grenzen seien nicht unsere Verantwortung. Der Umgang mit Flüchtlingen ist eine internationale Verantwortung und diese muss gleichmäßig zwischen Staaten und ihren Gesellschaften verteilt sein. Am wichtigsten und längst überfällig ist hierbei die verstärkte Unterstützung von Entwicklungs- und Schwellenländern. Sie haben die größte Anzahl von Flüchtlingen aufgenommen. Gleichzeitig müssen Industriestaaten ihren Verpflichtungen hinsichtlich der vergleichsweise geringeren Zahl von Flüchtlingen erfüllen, die an ihren Grenzen ankommen und zudem Resettlement oder humanitäre Aufnahmeprogramme ausbauen, damit die Schutzsuchenden nicht gezwungen sind, auf Schlepper oder Menschenhändler zurückzugreifen, um für sich eine Lösung zu finden. Jedem Staat kommt eine Rolle zu bei der Übernahme von Verantwortung. In einer Zeit, in dem weltweit Flucht und Vertreibung zunimmt, bedarf es dringend mehr internationaler Solidarität, und nicht weniger.

In diesem Sinne gilt es nun die Chance zu nutzen, unsere Unterstützung für Flüchtlinge zu verstärken und in neue, dem Flüchtlingsschutz verpflichtende Bahnen zu lenken.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.